

Maßnahmen gemäß Ziffer 1 Absatz 1 Satz 1 - Umsetzung durch Magistrat ohne weitere Vorlagen

lfd. Nr.	Maßnahme	Konsolidierungs- potential (lt. Schülleremann)	Zuständiges Dezernat	Sachstandsbericht	Konsolidierungs- potential (geprüft)	Umsetzung in 2015	Umsetzung in 2016	Umsetzung in 2017	Umsetzung nach 2017
6	Streichung der übertariflichen Gewährung von Freizeit am Geburtstag sowie an der Kerb	200.000	I	Die mit dem Gesamtpersonalrat geschlossene Dienstvereinbarung über die Gewährung von Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Bezüge wurde mit Wirkung vom 16.06.2016 geändert. Die Streichung der übertariflichen Gewährung von Freizeit am Geburtstag und der Kerb wurde aufgrund des nicht vorhandenen Konsolidierungspotenzials bisher nicht umgesetzt.	0			X	
7	Schaffung von verbindlichen Regelungen zum Rauchen am Arbeitsplatz, insbesondere zu Raucherpausen	450.000	I	Regelungen zum Rauchen am Arbeitsplatz, insbesondere zu Raucherpausen wurden bisher aufgrund des nicht vorhandenen Konsolidierungspotenzials nicht umgesetzt. Eine Entscheidungsvorlage steht noch aus. Umsetzung nach 2017	0				X
11	Kosten des Geschirrmobils werden an die Nutzer weitergereicht	2.500	I	Umsetzung ist erfolgt.	2.500		X		
12	Wegfall des Begrüßungsgeldes an die Studenten	7.000	I	Zum Wintersemester eingestellt	7.000	X			
18	Reduktion der Erfrischungsgelder	6.300		Bei der Stadt Rüsselsheim erhalten die Mitglieder von Wahlvorständen das Erfrischungsgeld in gleicher Höhe um einen Anreiz für die Zurverfügungstellung als Wahlhelferinnen und Wahlhelfern zu schaffen. Das Erfrischungsgeld wurde durch die 11. Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 24.03.2017 auf 35 € erhöht.	0				
21	Einführung eines Entgelts für die Ferienbetreuung von 35 € pro Woche	14.000	II	DS 363/11-16	12.600	X			
23	Erhöhung der Acker-, Garten-, Jagd- und sonstigen Pachten bzw. Mieten	30.000	I	beschlossen und umgesetzt	20.000	x/50%		X/100%	
43	Stärkung der Betreuung durch Tagespflegepersonen im Bereich U3	2.000	II	DS 360/11-16					
52	Überprüfung und ggf. Anpassung des Straßenbeleuchtungsvertrages	50.000	III	Der aktuelle Straßenbeleuchtungsvertrag läuft bis 31.12.2025. Änderungen können erst im Zuge von Neuverhandlungen ab 2026 vorgenommen werden.	0				x
56	Intensivierung der Werbemaßnahmen Dritter	30.000	III	Der Magistrat hat im Jahr 2014 einen neuen Werbenutzungsvertrag mit Vertragsbeginn 2015 abgeschlossen. Die Mehreinnahmen werden über mehrere Jahre hinweg sukzessive erfolgen.	20.000	X	X	X	
58	Schaffung klarer Aufgabenstrukturen und Standards bei der Beauftragung des Betriebshofs	50.000	I	Vorerst zurückgestellt durch die Gründung der AöR.	?				
74	Überprüfung der Öffnungszeiten der Stadtbücherei (Wann kommt der Bürger?)	0	II	530/11-16					
84	Einstellen der Internetseite "kulturportal-ruesselsheim.de"	25.000	II	DS 373/11-16	6.000	X			
85	Reduktion des Blumenschmucks in der Gesamtverwaltung	45.000	I	Umgesetzt	45.000		X		
86	Aufgabe des EDV-Schulungsraums im Rathaus und Kooperation mit der vhs	2.000	I	Umsetzung ab 2015	2.000	X			
87	Darstellung der aufgelaufenen Kosten bei Planungen, die nicht weiter verfolgt werden	30.000	III	Ist umgesetzt. Berichterstattung erfolgt anlaßbezogen.	0				

Summe:

943.800

Summe

115.100

Maßnahmen gemäß Ziffer 1 Absatz 1 Satz 2 - Umsetzung nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung oder der Betriebskommission

lfd. Nr.	Maßnahme	Konsolidierungs- potential (lt. Schüllermann)	Zuständiges Dezernat	Sachstandsbericht	Konsolidierungs- potential (geprüft)	Umsetzung in 2015	Umsetzung in 2016	Umsetzung in 2017	Umsetzung nach 2017
66	Ticketpreise Theater	30.000	II	DS 379/11-16	30.000	Spielzeit 2014/2015			
67	Einführung eines Garderobenentgelts von 2 € je Kleidungsstück im Theater	60.000	II	DS 378/11-16	60.000	Spielzeit 2014/2015			
69	Erhöhung der Entgelte Musikschule	43.000	II	DS 376/11-16	33.000	01.09.2014			
71	Differenzierung der Kurs- und Gebührenstruktur bei der vhs	0	II	DS 375/11-16	0				
75	Erhöhung der Gebühren in der Stadtbücherei	3.000	II	DS 374/11-16	3.000	x			

Summe:

136.000

Summe

126.000

Maßnahmen gemäß Ziffer 2 - Umzusetzen nach Einzelbeschluss durch die Stadtverordnetenversammlung

lfd. Nr.	Maßnahme	Konsolidierungs- potential (lt. Schülleremann)	Zuständiges Dezernat	Sachstandsbericht	Konsolidierungs- potential (geprüft)	Umsetzung in 2015	Umsetzung in 2016	Umsetzung in 2017	Umsetzung nach 2017
2	Seniorenbeirat wird zukünftig von der StV ernannt; die Wahlen entfallen	0	I	Gemäß Beschluss der StV am 02.06.2016 zur DS 26/16-21 (Wahl der Seniorenvertretung/des Seniorenbeirats) wird der Seniorenbeirat per Direktwahl gewählt.					
4	Maßnahmen der Personalgewinnung, -entwicklung und -förderung	125.000	I	Konzept in Bearbeitung	0	laufend			
5	Umsetzung struktureller Maßnahmen in der Personalentwicklung	190.000	I	Konzept in Bearbeitung	0	laufend			
9	Reduktion der Aufwendungen für die städtepartnerschaftlichen Treffen und ähnl. Veranstaltungen	9.000	I	Es besteht Konsolidierungspotenzial in Höhe des Betrages für Schüleraustausche in Höhe von 10.000 Euro. Diese wurden bei den in Frage kommenden Schulen in Rüsselsheim für die Ferien angefragt, da Gasteltern für die Unterbringung notwendig sind. Bei den Schulen besteht kein Interesse da diese eigene Partnerschulen haben und entsprechende Projekte während der Unterrichtszeit durchführen. Eine entsprechende Vorlage wird erarbeitet.	10.000			X	
10	Gründung eines Vereines zur Pflege der Städtepartnerschaften	100.000	I	Ein städtepartnerschaftlicher Verein würde keine oder kaum Kosteneinsparungen bringen. Zum einen, weil offizielle Delegationsbesuche aus den Partnerstädten weiterhin von der Stadtverwaltung organisiert und begleitet werden müssten, zum anderen, weil der Verein durch Mittel der Stadt alimentiert werden und ein oder eine Geschäftsführer/in von der Stadtverwaltung oder zumindest ein Vorstandsmitglied von der Stadtverwaltung gestellt werden müsste. Das von der Fa. Schülleremann erdachte Konsolidierungspotential ist für den FB Zentrales nicht nachvollziehbar.	nicht zu beziffern				
15	Senkung der Standards bei und der Anzahl von protokollarischen Veranstaltungen	32.000	I	Die Standards wurden bereits soweit möglich reduziert. Eine Reduzierung des HH Ansatzes erfolgte daher im Zuge der HH Beratungen für 2017. Der Ansatz wurde von 50.000 € auf 24.500 € gesenkt.	25.500			x	
17	Bürgerfreundlichkeit im Stadtbüro neu konzeptionieren	0	I	Die Stadtbüros der Stadt Rüsselsheim am Main sind sehr stark frequentiert. Aufgrund des hohen Besucheraufkommens bestehen derzeit (lange) Wartezeiten. Zur Erhöhung der Bürgerfreundlichkeit ist ein neues Konzept, als auch eine Aufstockung des Personals unumgänglich. Ein entsprechender Bericht wird im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsplanentwurf 2018 vorgelegt werden.					
19	Anpassung der Gebührensatzung für die Leistungen der Feuerwehr	16.000	I	DS im ersten Quartal 2015		x			
20	Erhöhung der Gebühren für die Betreuungsschule	50.000	II	DS 363/11-16	90.000	x			
22	Anpassung der Gebührensatzung für die Leistungen der Bauaufsicht	100.000	III	DS-Nr. 331/11-16	100.000	x			
24	Erhöhung der Gebühren für Sondernutzungen	50.000	III	Umgesetzt: Die Sondernutzungsgebühren wurden zum 01.01.2017 durch Änderung der Satzung angepasst.	10.000			X	
25	Einführung einer neuen Gebühr/Gebührenklasse für die Straßenreinigung und den Winterdienst bzw. alternativ Verzicht auf die "freiwilligen" Leistungen und konsequente Anwendung der Satzung über Straßenreinigung und den Winterdienst von 1987	200.000	SBHR/III	Aufgrund des Übergangs der Tätigkeiten Straßenreinigung und Winterdienst in den Verantwortungs- und Organisationsbereich der Städteservice Rüsselsheim/Raunheim AöR hat das Dezernat III in diesem Bereich keine Befugnisse. Die Maßnahme kann nur von der Städteservice Rüsselsheim/Raunheim AöR beurteilt werden.	?				

31	Erhöhung der Verwaltungsgebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung	0	I	Nachrangige Bearbeitung aufgrund des geringen Konsolidierungspotentials. Andere Gebührenordnungen oder Satzungen sind bereits umgesetzt oder in Vorbereitung.	?				x	
32	Erhebung eines Benutzungsentgeltes bzw. eines Beitrages an den Bewirtschaftungskosten bei Nutzung städtischer Räume, Sporthallen und -anlagen sowie sonstiger Liegenschaften	50.000	I,II und III(federführend)	Die Bearbeitung des Themas ist sehr komplex und umfangreich. Die Basisdaten wurden bereits erhoben und ausgewertet. Aufgrund der Umsatzsteuerthematik bei der Großsporthalle und des Sportbades ist eine Einzelfallentscheidung im Rahmen einer Vorlage erforderlich. Eine Vorlage zum Gesamtkomplex wird aufgrund der Umfänglichkeit und des hohen Grades der Beteiligung frühestens in 2018 erstellt werden können.	?					X
42	Erhöhung des Verpflegungsentgeltes	260.000	II	umgesetzt	0					
50	Einführung einer Straßenbeitragssatzung	20.000	III	Die Grundsatzentscheidung wurde mit der DS 386/11-16 im Jahr 2015 getroffen. Die vorbereitenden Arbeiten zur Umsetzung sind noch nicht vollumfänglich abgeschlossen. Mit einer ersten Veranlagung ist ab 2018 zu rechnen.						X
51	Reduktion der Straßenbeleuchtungszeiten (Prüfauftrag)	40.000	III	Umgesetzt: In den wesentlichen Hauptverkehrs- und Durchgangsstraßen besteht bereits eine Halbnachtschaltung. Für eine weitere Reduktion müssten umfangreiche Investitionen getätigt werden, die die Einsparungen übertreffen.					X	
57	Reduktion der Grünflächenpflege	500.000	I	Aufgabe und Budget wurde der AöR übertragen. Inhaltliche Entscheidungen über den Umfang der künftigen Grünflächenpflege werden zu einem späteren Zeitpunkt erarbeitet. Aufgrund des Zustandes ist eher eine intensivere Pflege notwendig, sowie eine nachholende Investition in den Bestand. Dauerhaft sind hier höhere Kosten zu erwarten.					x	
61	Zuschüsse für Vereine und Verbände im Bereich der Wirtschaftsförderung	90.000	I	keine Umsetzung gem.DS-Nr. 334/11-16 vom 10.04.14	0					
78	Anpassung des Hebesatzes der Grundsteuer A	33.000	I	Erledigt mit Haushaltssatzung 2014	33.000					

Summe: 1.865.000 Summe 268.500

Maßnahmen gemäß Ziffer 3 - Entscheidung zur Umsetzung erst nach Vorlage einer Drucksache

lfd. Nr.	Maßnahme	Konsolidierungs- potential (lt. Schülleremann)	Zuständiges Dezernat	Sachstandsbericht	Konsolidierungs- potential (geprüft)	Umsetzung in 2015	Umsetzung in 2016	Umsetzung in 2017	Umsetzung nach 2017	
13	Streichung der kostenfreien Veranstaltungen im Rathaus und in städtischen Räumen von Dritten	5.000	I	Nutzungsordnung für das Rathaus vom Magistrat beschlossen	2.500	X				
14	Wegfall Sportlerehrung	25.000	I	Vertrag mit dem Sportbund gekündigt. Durchführung in eigener Regie mit Sponsorenbeteiligung.	19.600	X				
16	Schließung der Stadtbüros in Bauschheim und Königstädten	0	I	Gemäß Beschluss der StV am 26.03.2015 zur DS 478/11-16 (Umorganisation der Stadtbüros Königstädten und Bauschheim ab 31.03.2015) wurden die beiden Stadtbüros am 31.03.2015 geschlossen.		X				
26	Verdopplung der Parkgebühren	420.000	I und III	Maßnahmen wurden aufgrund des Hessentages zurückgestellt. Das tatsächliche Konsolidierungspotential wird derzeit geprüft.	?				X	
27	Veräußerung der P + R Anlage	5.100	I und III							X
28	Pachtverträge für die Parkhäuser prüfen, ggf. Veräußerung oder Übertragung auf die Betreibergesellschaft (Tiefgarage Löwenplatz)	30.000	III							X
29	Pachtverträge für die Parkhäuser prüfen, ggf. Veräußerung oder Übertragung auf die Betreibergesellschaft (Parkdeck Frankfurter Strasse)	30.000	III							X
30	Erhöhung der Marktgebühren	6.000	I			Der Magistrat wird derzeit keine Erhöhung der Marktgebühren vorschlagen. In den letzten zwei Jahren mussten die Wochenmarktbesucher aufgrund der Umbaumaßnahmen Marktplatz sowie aufgrund des Hessentages mehrfach ihren Standort bei Beibehaltung der Marktgebühren wechseln. Deshalb ist zum jetzigen Zeitpunkt eine Erhöhung gegenüber den Wochenmarktbesuchern nicht zumutbar.				X
48	Dauerhafte Schließung des Lachebades	400.000	I	Neubaubeschluss wurde gefaßt	0					
49	Schließung von Spielplätzen	80.000	I	Übertragung an die Gewobau ist erfolgt.	60.000					
53	Kündigung Vertrag Carsharing-Fahrzeuge	7.500	III	Vertrag ist ausgelaufen. Zahlung erfolgt auf der Basis der tatsächlichen Nutzung	7.500			7.500		
54	Reduktion ÖPNV-Angebot	430.000	III	DS 424/11-16	142.000	X				

55	Erhöhung Fahrpreise ÖPNV	100.000	III	Im Sommer 2013 durch den RMV beschlossen. Höhere Fahrpreise werden seit 2014 erhoben	100.000				
68	Schließung der Musikschule	783.000	II	DS 377/11-16 Keine Schließung aber durch Veränderungen jährliche Einsparpotentiale bis 2021 in der Gesamtsumme von 230.000 €	230.000	X	X	X	X
70	Konzentration der Musikschule auf Angebote für Kinder und Jugendliche bzw. kostendeckende Entgelte für Einzel- und Erwachsenenunterricht	0	II	DS 377/11-16					
73	Tatsächlicher Übergang der Stadtteilbibliotheken auf Vereine ohne städt. Zuschuss	100.000	II	107/16-21	0				
82	Reduktion der freiwilligen Leistungen	0	I, II und III	noch offen					
83	Erhöhung der Kostendeckungsgrade im Bereich der freiwilligen Leistungen	0	I, II und III	noch offen					

Summe: **2.421.600** **Summe** **561.600**

Gesamtsumme der Konsolidierungsmaßnahmen: **5.366.400** **1.071.200**

Maßnahmen gemäß Ziffer 4 - Maßnahmen die aktuell abgelehnt werden

lfd. Nr.	Maßnahme	Konsolidierungs- potential (lt. Schüllermann)	Zuständiges Dezernat	
1	Wegfall der Ortsbeiräte	40.000	I	
3	Entschädigung für die ehrenamtlich Tätigen und Reduktion der Anzahl der Sitzungsunden	55.000	I	
34	Übertragung Museum auf Verein	0	II	
36	Reduktion der Aufgaben des Stadtarchivs	12.500	II	
37	Schließung des "Hauses der Senioren"	100.000	II	
38	Übergabe der Trägerschaft des "Hauses der Senioren" ohne städtische Bezuschussung	100.000	II	
39	Übergabe der Trägerschaft des "Hauses der Senioren" mit städtischer Bezuschussung	50.000	II	
40	Erhöhung der Gebühren für die Kinderbetreuung	290.000	II	
44	Betreuungsangebote in den Kitas an die Mindestvorgaben nach dem HKJGB/KiFöG anpassen - Gruppengröße	100.000	II	
45	Betreuungsangebote in den Kitas an die Mindestvorgaben nach dem HKJGB/KiFöG anpassen - Betreuungsschlüssel	2.092.000	II	
59	Reduktion des Zuschusses an die Stiftung Opel-Villen	24.000	II	
60	Verzicht und Einstellen der kommunalen Wirtschaftsförderung	250.000	I	
63	Schließung und Aufgabe öffentlicher Toiletten	170.000	III	Anmerkung: Im Haushaltsplan 2016 sind HHMittel im Ergebnis- als auch Finanzhaushalt zum Neubau bzw. zur Sanierung von öffentlichen Toilettenanlagen etatisiert
65	Schließung des Theaters	800.000	II	
72	Schließung der Stadtbücherei	1.200.000	II	
76	Reduktion von Medienbeschaffungen	20.000	II	
79	Anpassung des Hebesatzes der Gewerbesteuer	500.000	I	
81	Jährliche Erhöhung der Grundsteuer B um die Inflation	400.000	I	

Summe:

6.203.500